

GEWALT MACHT WIDER STAND

Andreas Blechschmidt

G20 – Streitschrift um die Mittel zum Zweck

VORWORT

**„Woran arbeiten Sie?“, wurde Herr K. gefragt.
Herr K. antwortete: „Ich habe viel Mühe,
ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.“**

Bertolt Brecht

Der G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 hat sich im öffentlichen Gedächtnis wie auch in der Wahrnehmung der Linken als nachhaltige Erfahrung eingeschrieben. Nicht nur der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Deutschlands bleibt dabei im Gedächtnis, sondern auch die Inszenierung einer staatlichen Gewalt, die ohne nennenswerten öffentlichen Widerspruch Grundrechte außer Kraft setzen konnte. Zugleich kam es im Rahmen der Gegenproteste zu militanten Auseinandersetzungen, die zu einer Polarisierung der Einordnung dessen, was da auf den Straßen Hamburgs passiert ist, geführt haben. Die Diskussionen um die Lesart dieser Ereignisse sind auch innerhalb der radikalen Linken geführt worden. Öffentlich artikuliert haben sich in der Szene allerdings vor allem in den Monaten nach dem Gipfel jene Stimmen, die die militanten Proteste als politischen Erfolg bewertet haben.

Dieser Text wird den Widerspruch erklären zu einer Deutung der Proteste gegen den G20-Gipfel, die insbesondere in den militanten Auseinandersetzungen am Abend des ersten Gipfelabends im Schanzenviertel einen realistischen Ansatz sehen, Perspektiven für den Beginn von Aufständen zu entwickeln, die den Kapitalismus in ernsthafte Legitimierungsprobleme bringen. Es wird ausdrücklich nicht darum gehen, militante Interventionen im Konkreten oder militante Politik im Allgemeinen zu diskreditieren, sondern Mili-

tanz in eine Beziehung zu den gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu bringen.

Diese politische Kontextualisierung fehlte in vielen veröffentlichten Einschätzungen und Analysen seit Juli 2017. Stattdessen verharren die Diskussionen in einem eigentümlich politikfreien Raum, in dem eindimensional der (emanzipatorische) Aufstand als Mittel zur Überwindung des Kapitalismus propagiert wird. Ausgeklammert werden theoretische Fragen wie die einer nur ansatzweisen Erreichung von gesellschaftlicher Hegemonie, damit militante Politik als Teil des Angriffs gegen den herrschenden Kapitalismus nicht mit allgemeiner politischer Zustimmung als extremistische bzw. unpolitische Gewaltbedrohung gegen eine friedliebende Mehrheitsgesellschaft denunziert werden kann. Unbeachtet bleibt, dass die Entwicklung des Kapitalismus zwar krisenhaft ist, jedoch die daraus entstehenden Verwerfungen in den Gesellschaften bzw. globalen Konflikten nicht zwangsläufig nach orthodoxer marxistisch-leninistischer Geschichtsauffassung in die Weltrevolution münden müssen. Stattdessen muss es Überlegungen geben, die der Tatsache Rechnung tragen, dass der herrschende Kapitalismus vorerst nicht zu Fall gebracht werden kann – so notwendig und wünschenswert das wäre – und eine kapitalistische Krisenlösung den Fortbestand des Systems auch unter einem autoritären profaschistischen Regime sichern könnte. Unter diesen jetzt noch theoretischen Perspektiven wäre der generelle Verzicht auf eine militante Praxis eine Schwächung der Möglichkeiten einer radikalen linken Gegenstrategie. Sie müsste mehr sein, als ein urbaner Riot, der saisonal von der politischen Agenda autonomer Politik bestimmt, einige Straßenzüge eines überbewerteten Szenestadtteils in Hamburg heimsucht. Nach einer zusammenfassenden Darstellung der polizeilichen Strategien zur Beherrschung der G20-Gegenproteste werden die zentralen Konfrontationen zwischen den Protestierenden und der Polizei nachgezeichnet. Ein Fokus liegt auf der Rezeption dieser Auseinandersetzungen in verschiedenen Analysen der radikalen Linken. Daran anknüpfend werden Aspekte dieser Debatte wie die Einordnung des Riots im Schanzenviertel am Abend des 7. Juli 2017 thematisiert. Diese Diskussionen werden schließlich eingeordnet in

die Theorien zur politischen Gewalt in der Soziologie bzw. Politologie und ihrer Relevanz für eine gegenwärtige militante Praxis der radikalen Linken. Dabei wird gezeigt, dass die Ächtung von Gewalt in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung die Gewaltförmigkeit kapitalistischer Herrschaft verschleiert und zugleich mit der Kriminalisierung linker Militanz politische Gegenentwürfe bekämpft.

Im darauffolgenden Abschnitt wird Hannah Arendts Theorie der Balance von staatlicher Macht- und Gewaltausübung und des politischen Umsturzes zum Ausgangspunkt für die linken Perspektiven einer revolutionären Veränderung der aktuellen Verhältnisse erörtert. Seit den 70er-Jahren organisiert die radikale Linke in (West-) Deutschland den Widerstand gegen das kapitalistische System mit dem Ziel des Aufbaus einer anderen, gerechteren Gesellschaft. Welche Kontinuitätslinien, aber auch welche Brüche der Kämpfe lassen sich nachzeichnen zu den Diskussionen, die in den G20-Protesten im Juli 2017 einen Auftakt einer neuen sozialen Revolte zu erkennen meinen?

Mit Alexander Sedlmaiers Untersuchung *Konsum und Gewalt. Radikaler Protest in der Bundesrepublik* werden die verschiedenen Teilbereichskämpfe der radikalen Linken in den letzten Jahrzehnten nachgezeichnet mit dem Ziel, deren revolutionären Ambitionen auszuloten.

Das Kapitel *Drei Zeitreisen von Hamburg nach Paris* stellt den Blick in die Geschichte dar, dessen Erkenntnisgewinn die Möglichkeiten eines zukunftsorientierten Entwurfs für eine emanzipatorische Utopie beschreiben soll, der die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt. Der geografische Ort Paris ist dabei Fixpunkt einer Verknüpfung der Ereignisse der Jahre 1848, 1871 und 1968. Karl Marx' Auseinandersetzung mit dem ersten epochalen Sieg des kapitalistischen Staatsapparates 1848 in seiner Schrift *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* erzählt das Scheitern der Revolution im Lichte des Versagens der objektiv revolutionären Klasse, die der Konterrevolution die Treue hält. Die Pariser Kommune 1871 repräsentiert die Niederlage der bewaffneten Revolution gegen die übermächtige bürgerliche Gegenmacht, während die Niederlage der Revolte von

Paris im Mai 1968 für die Mobilisierungsfähigkeit der modernen kapitalistischen Herrschaft steht.

Mit diesen historischen Erfahrungen stellt sich die Frage nach den aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und den Perspektiven einer Überwindung des Kapitalismus. Die Verknüpfung der Arbeit Didier Eribons *Rückkehr nach Reims* mit den Effekten von Exklusionsprozessen und einem im Sinne Foucaults reagierendem Gouvernementalitätsregime berühren die Zweifel, ob es Hoffnung auf eine nahe Zukunft für eine Auflösung der drängenden Verwerfungen des Kapitalismus gibt. Am Ende dieser Schrift stehen daher Überlegungen, angeregt durch Jacques Rancière, ob die politische Bestimmung der Zweck-Mittel-Relation nicht grundsätzlich überdacht werden muss zugunsten neuer theoretischer Konzepte.

Diese Schrift versteht sich als Versuch, die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg als politische Erfahrung der radikalen Linken zu begreifen, deren Reflektion zu einem Erkenntnisgewinn für das Ziel, die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu beenden, führt.

8

Abschließend soll an dieser Stelle ausdrücklich der reihe antifaschistischer texte gedankt sein für wertvolle Literaturhinweise, die solidarische Begleitung dieser Arbeit und die verlegerische Geduld bei der Realisierung dieser Schrift.

Andreas Blechschmidt, Hamburg im April 2019.

EINLEITUNG

Für die radikale Linke waren die Proteste gegen den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg das, was man als einen Pyrrhussieg bezeichnet. Ja, es waren die Bilder der Proteste, die die mediale Berichterstattung bestimmt haben. Und ja, die künftigen politisch und polizeilich Verantwortlichen eines vergleichbaren Gipfeltreffens in Deutschland sind wahrscheinlich geheilt von der Idee, eine solche Veranstaltung in einer Metropole für durchführbar zu halten.

Hamburgs SPD-Innensenator Andy Grote hatte im Vorfeld das polizeiliche Konzept als „Schaufenster moderner Polizeiarbeit“ bezeichnet und für die Gipfeltage ein „Festival der Demokratie“ angekündigt. Moderne Polizeiarbeit bedeutet die Missachtung gerichtlicher Urteile, die Suspendierung der körperlichen Unversehrtheit für Demonstrierende, sowie den Einsatz von schwer bewaffneten Antiterrorereinheiten. Demokratie bedeutet also auch die Außerkraftsetzung der Versammlungsfreiheit oder den rechtswidrigen Entzug von 32 Presseakkreditierungen.

Politischen Zuspruch über die eigenen Strukturen hinaus hat die radikale Linke für ihre Gegenproteste wenig erhalten. Kurzfristig stand sogar die Gefahr einer bundesweiten massiven Repressionswelle gegen linke Projekte im Raum. Auch wenn das Agieren der Polizei während der Gipfeltage kritisiert wurde und wird, so kann sie doch mit ihrer „Sonderkommission Schwarzer Block“ ohne nennenswerten gesellschaftlichen Widerspruch angeblich Beteiligte der Gipfelproteste mit einer noch nie da gewesenen Öffentlichkeitsfahndung in ganz Europa jagen. Ein Eifer, der schon immer exklusiv linkem Widerstand vorbehalten war. Die unbedingt notwendige Solidaritätsarbeit lastet auf Antirepressionsstrukturen, die Gefahr laufen, angesichts der zahlreichen Prozesse an die Grenzen

des Machbaren zu stoßen. Bezüglich der inhaltlichen Arbeit sind neue Perspektiven einer gemeinsamen Politik über die Gegenproteste gegen den G20 hinaus in der radikalen Linken nicht erkennbar. Im günstigsten Fall ist „die“ Szene mit einem sprichwörtlichen blauen Auge davongekommen, schlechtestenfalls politisch geschwächt. Der Gipfel hat tiefe Spuren und Widersprüche in Hamburg hinterlassen mit bizarren politischen Konfliktlinien. Mit über 30.000 eingesetzten Polizeibeamten war die Veranstaltung einer der größten Polizeieinsätze in Deutschland seit 1949. Das öffentliche Leben im innerstädtischen Bereich Hamburgs war über Tage komplett lahmgelegt. Die Ablehnung des G20-Gipfels war für die meisten Hamburger*innen vor und nach dem Ereignis mehr oder weniger einhellig. Unübersehbar war die Kluft zur Haltung des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz, der in einer Art Großmannssucht zu den wenigen Menschen in der Stadt gehörte, der von der Idee des Gipfels in Hamburg begeistert war. Die SPD war dafür, weil sie dafür sein musste. Die Grünen als Koalitionspartnerin wäre als Oppositionspartei dagegen gewesen, als mitregierende politische Kraft tat sie so, als wenn sie dafür wäre. Die CDU in Hamburg war vor allem für den Gipfel, weil die CDU-Bundeskanzlerin sich Hamburg als Tagungsort gewünscht hatte, jedoch im speziellen dagegen, weil ja die SPD dafür war. Die AfD befürwortete den Gipfel ungewohnt staatstragend ohne Vorbehalte. Der damalige Fraktionsvorsitzende der AfD-Bürgerschaftsfraktion, Bernd Baumann, erklärte in einer Pressemitteilung vom November 2016, es sei eine Selbstverständlichkeit, dass sich Staatschefs im Dialog austauschten, alle vernünftigen politischen Kräfte begrüßten ein G20-Treffen in Hamburg. Einzig und allein die Partei Die Linke hatte sich ohne Wenn und Aber gegen einen Gipfel der G20 in Hamburg ausgesprochen. In diesem Punkt war sie sich als einzige der Bürgerschaftsparteien auf eine absurde Art einig mit der Hamburger Polizei. Die hätte nämlich, wäre sie vor der Bekanntgabe der politischen Entscheidung, den Gipfel der G20 in der Stadt abzuhalten, gefragt worden, wahrscheinlich dringend davon abgeraten. Denn von der Öffentlichkeit wenig beachtet hatte der spätere polizeiliche Gesamteinsatzleiter,

Hartmut Dudde¹, schon im Juli 2016 im MitgliederMagazin der Deutschen Polizeigewerkschaft erklärt: „Wir sind uns sicherlich darüber einig, dass eine Großstadt wie Hamburg aus Sicherheitsgesichtspunkten nicht der idealste Ort für solche Veranstaltungen ist.“ Auch innerhalb der radikalen Linken in Hamburg hatte sich die Begeisterung über den bevorstehenden Gipfel in Grenzen gehalten. Zum einen gab es ein ungläubiges Erstaunen, dass irgendein politisch und polizeilich Verantwortlicher glauben könnte, dass eine derartige Veranstaltung in unmittelbarer Nähe zu den „Szenevierteln“ durchführbar sei. Zum anderen bestand die Sorge, ob es mit den überschaubaren Kräften der Hamburger Szene überhaupt gelingen würde, mit überregionaler Unterstützung die international zu erwartenden Gegenproteste zu organisieren.

Über ein Jahr nach dem Gipfelevent müssen sich die verantwortlichen Fürsprecher*innen aus der Politik und die Verantwortlichen für den polizeilichen Einsatz eine Niederlage auf ganzer Linie eingestehen. Im Gedächtnis der Stadt bleiben die Bilder brennender Barrikaden und ein lädiertes Schanzenviertel als Ausdruck des Scheiterns des polizeilichen Einsatzkonzeptes. Dass dieses Desaster keinerlei Konsequenzen für die Polizeiführung und den Innensenator hat, stößt in weiten Teilen der Hamburger Öffentlichkeit auf Unverständnis.

Aber welche Positionen hat darin die radikale Linke? Innerhalb der Szene haben brennende Barrikaden, brennende Autos und geplünderte Geschäfte in der temporär polizeifreien Zone im Schanzenviertel am ersten Gipfeltag nur zu wenigen wahrnehmbaren Debatten geführt. Die Frage, ob die Proteste Vorboten des kommenden Aufstandes seien oder Strohfeuer einer Revolte, ist bisher nur sehr oberflächlich beantwortet worden. Eine politische Auseinandersetzung um Versuche, eine Tankstelle und in Wohnhäusern befind-

1 Hartmut Dudde war seit 2001 im Einsatzstab der Hamburger Bereitschaftspolizei tätig und hat an der Entwicklung des repressiven Einsatzkonzeptes der „Hamburger Linie“ mitgewirkt. Im Sommer 2005 wurde Dudde dann Leiter der Hamburger Landesbereitschaftspolizei. Zu den zahlreichen von ihm verantworteten Rechtsverstößen siehe: Drucksache 21/62 (21. Wahlperiode) auf die Schriftliche Kleine Anfrage von Christiane Schneider (DIE LINKE) vom 10. März 2015.

liche Geschäfte in Brand zu setzen, fand bisher entweder nur am Rande statt oder wurde gar gänzlich vermieden. Nur die Bücher *To our Compas in Buenos Aires* vom Oktober 2018 eines französisch-deutschen Autor*innenkollektivs sowie die Publikation des Verlags Assoziation A *Das war der Gipfel* haben bisher den Anspruch einer umfassenden Analyse aus radikaler linker Sicht unternommen.

Von zentraler Bedeutung ist die Fragen, welcher Mittel sich eine radikale Linke für die Abschaffung der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse bedient, um gesellschaftliche Zustände zu verwirklichen, die die Herrschaft des Menschen über den Menschen beendet und Arbeit und Leben als nichtentfremdetes Projekte in einer freien Gesellschaft ermöglicht.